

### Kontinuität der Zerstörung und Abriegelung

Bis 1948 erstreckte sich der Bezirk Gaza von der ägyptischen Grenze bis kurz vor Jaffa und war rund doppelt so gross wie der heutige Gazastreifen. Die Hafenstadt Gaza war ein bedeutendes Handelszentrum. Im Zuge der Staatsgründung wurden 1947/48 rund 200 000 Menschen aus den umliegenden Bezirken in den Gazastreifen vertrieben, der nach dem Waffenstillstand 1948 unter ägyptische Verwaltung fiel. Im Sechstagekrieg 1967 wurde der Gazastreifen besetzt und einem Militärregime unterstellt. Kurz danach wurde mit dem Bau jüdischer Siedlungen begonnen, die rund 40 Prozent der Fläche beanspruchten. PalästinenserInnen durften sich dort nicht aufhalten, es sei denn als landwirtschaftliche Hilfskräfte. Im übrigen Gebiet vernachlässigte Israel, die Infrastruktur den Erfordernissen der wachsenden Bevölkerung gemäss aufrechtzuerhalten und auszubauen. Eine eigenständige wirtschaftliche und politische Entwicklung war unter den Bedingungen der Entwurzelung, des Landraubs, der jüdischen Kolonisierung und militärischen Repression nicht möglich. Ein wichtiger Teil der Einkommen wurde in Israel erzielt, wo die PalästinenserInnen in schlecht bezahlten Sektoren (Landwirtschaft, Bau) beschäftigt waren.

Eine neue Politik der Isolation leitete Israel in den Neunzigerjahren während des sogenannten Oslo-Friedensprozesses ein. PalästinenserInnen wurden auf dem israelischen Arbeitsmarkt durch billige Arbeitskräfte aus Osteuropa und Asien ersetzt. Für den Aufenthalt in Israel mussten fortan Bewilligungen eingeholt werden, die immer restriktiver vergeben wurden. Die Bewegungsfreiheit für Personen (Arbeit, Studium, Besuch, Krankenpflege) wurde fast vollständig aufgehoben. Der Gazastreifen wurde eingezäunt und mit einer streng gesicherten Pufferzone umgeben, Israel kontrolliert den gesamten Waren- und Kapitalverkehr. Handel und Wirtschaft sind massiv behindert, wovon in erster Linie israelische Unternehmen profitieren. Die Bevölkerung wurde zu AlmosenempfängerInnen der UNO und anderer Länder und Organisationen degradiert, deren Hilfe oft an politische Auflagen geknüpft ist. Die amerikanische Ökonomin Sara Roy spricht für die Phase seit dem Oslo-Abkommen von De-development, dem mutwilligen Zurückkurbeln der wirtschaftlichen Entwicklung.

### Gaza: ein riesiges Flüchtlingslager

1947 lebten im Gazastreifen 80.000 Menschen. Während der ethnischen Säuberungen und der Zerstörung Hunderter Ortschaften im Zuge der Staatsgründung Israels 1948 flüchteten 200.000 Menschen aus dem südlichen Palästina in den Gazastreifen. Die Zahl der BewohnerInnen verdreifachte sich damit. Die zivile Infrastruktur in den Flüchtlingslagern (Schulen, Wasserversorgung, Gesundheitszentren) wird seither weitgehend von der UNRWA aufrechterhalten, die 1948 speziell für die palästinensischen Flüchtlinge gegründet wurde. Ihre Rolle beschränkt sich auf humanitäre Hilfe, sie bietet aber weder Schutz noch vertritt sie die politischen Rechte der Flüchtlinge (Rückkehr, Rückgabe des Eigentums, Entschädigung). Die Lebensumstände in den Flüchtlingslagern sind äusserst prekär. Es fehlt an elementarer Sicherheit, Bewegungsfreiheit und Beschäftigung; die Wohnverhältnisse sind extrem beengt, viele Häuser nicht an die Kanalisation angeschlossen. Es sei eine groteske Ironie, dass die ursprünglichen rechtmässigen BesitzerInnen des israelischen Landes, auf dem Kassam-Raketen landen, im Gazastreifen lebten, schreibt der amerikanische Journalist Robert Fisk am 30.12.08 im Independent. Sowohl Jitzhak Rabin als auch Schimon Peres hätten in den Neunzigerjahren den Wunsch geäussert, Gaza möge im Meer verschwinden. Klar, erinnere es doch an die Hunderttausenden von PalästinenserInnen, die im Zuge der ethnischen Säuberungen vor 60 Jahren aus Israel vertrieben wurden.

Im Zuge der nach der Hamas-Wahl 2006 über den Gazastreifen verhängten Blockade, die vom Westen mitgetragen wird, musste der Grossteil der noch bestehenden Betriebe zusperrten, jede zweite erwerbsfähige Person ist arbeitslos, Arbeit gibt es fast nur noch im öffentlichen Sektor. Güter des täglichen Bedarfs wie Lebensmittel, Strom, Wasser, Brenn- und Treibstoffe und Baumaterialien werden von Israel nach Gutdünken zurückgehalten.

### Militärische Zerstörung

Zur politischen und wirtschaftlichen Strangulierung kommt die militärische Kontrolle, um jeden Widerstand der palästinensischen Gesellschaft zu brechen. Bereits in den Siebzigerjahren hat Israel ganze Häuserzeilen zerstört, um die militärische Kontrolle zu erleichtern. Seit Beginn der zweiten Intifada im Herbst 2000 kommt es regelmässig zu willkürlichen Verhaftungen, Folter, gezielten Tötungen, Verwüstung von Wohnhäusern, Schulen, Krankenhäusern, Moscheen, Strassen, Strom- und Wasserwerken, Fabriken, Gewächshäusern und landwirtschaftlichen Flächen. Seit dem Abzug der SiedlerInnen im Sommer 2005 fanden mehrere Armeeooffensiven statt, und die Bevölkerung wurde wiederholt durch Bombardierungen und Überschallflüge terrorisiert. Der israelische Historiker Ilan Pappé warnt seit 2006 vor einem Völkermord im Gazastreifen. Der jüngste israelische Angriff im Winter 2008/2009 bildet jedenfalls den bisherigen Höhepunkt der israelischen Zerstörungspolitik, die das Überleben der palästinensischen Gesellschaft bedroht.

Zur Bilanz des Krieges siehe: Norman Paech. Gaza und Völkerrecht, [www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Gaza/voelkerrecht2.html](http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Gaza/voelkerrecht2.html)

### Westliche Komplizenschaft

Die Militäroffensive Israels im Gazastreifen hat nochmals augenscheinlich gemacht: Trotz Friedensbeteuerungen unterstützen die USA und die EU sowie ihre arabischen Verbündeten offen die Zerstörung der palästinensischen Gesellschaft und die Unterdrückung des Widerstandes. Bereits zehn Monate vor dem Massaker der israelischen Armee im Januar 2009 war in der Tageszeitung Ha'aretz zu lesen, dass sich die USA und Israel auf ein militärisches Vorgehen im Gazastreifen geeinigt hatten, um eine Friedensordnung nach ihren Vorstellungen durchzusetzen. Die konkreten Planungen begannen im Sommer 2008, noch während mit der Hamas ein sechsmonatiger Waffenstillstand ausgehandelt wurde. Gleichzeitig wurden Sicherheitskräfte der diskreditierten, nur dank westlicher Hilfe überlebenden Palästinenserbehörde im Westjordanland unter Führung der Fatah trainiert, um während der Militäroperation antiisraelische Proteste zu unterdrücken. Wenige Monate vor der Offensive beschloss die EU ungeachtet der israelischen Menschenrechts- und Völkerrechtsverstöße eine Ausweitung des Freihandelsabkommens mit Israel. Selbst die wiederholte Zerstörung EU-finanzierter Infrastrukturen in den besetzten Gebieten (Flughafen, Ministerien, Wasserversorgung) seit 2000 blieb ohne jede Konsequenz. Die Politik Israels gegenüber der palästinensischen Bevölkerung in den letzten 60 Jahren wäre ohne die materielle und ideelle Unterstützung der USA und der europäischen Staaten undenkbar. Nach der ethnischen Säuberung Palästinas 1947/48 im Zuge der Staatsgründung Israels verabschiedete die Uno-Generalversammlung zwar die Resolution 194, die von Israel verlangt, den Flüchtlingen die Rückkehr zu ermöglichen. Doch seither wurde Israel nie unter Druck gesetzt, Verantwortung für die Vertreibung zu übernehmen und die Rückkehr zuzulassen. Die europäischen Staaten und die USA haben verhindert, dass Israel für seine Verstöße gegen das Völkerrecht und Uno-Beschlüsse zur Rechenschaft gezogen wird.

### Verletzungen des Völkerrechts

„Unabhängig von der Behauptung, Gaza sei ‚feindliches Gebiet‘, ist Israel in Gaza Besatzungsmacht. Seine Massnahmen müssen also nach den Standards des humanitären Völkerrechts und der Menschenrechte bewertet werden. Gemessen an diesen Standards verletzt Israel in schwerwiegender Weise seine rechtlichen Verpflichtungen. Die kollektive Bestrafung Gazas durch Israel ist durch das humanitäre Völkerrecht ausdrücklich verboten und hat zu einer ernsthaften menschlichen Krise geführt ...“, schrieb John Dugard, UN-Sonderberichterstatter für Menschenrechte in den besetzten Gebieten, ein Jahr vor der Militäroffensive von Winter 2008/09. Auch sein Nachfolger Richard Falk, Professor für internationales Recht, betonte an einer Sitzung des Menschenrechtsrats im Januar 2009, die jüngsten israelischen Angriffe auf den Gazastreifen stellten gravierende Verstöße gegen die Uno-Charta und das Völkerrecht dar. Israel setzt sich in den besetzten Gebieten zudem systematisch über Menschenrechte wie das Recht auf Leben, das Recht auf Freiheit und Sicherheit, das Recht auf Schutz vor Hunger, das Recht auf Bildung, das Verbot von Folter, das Diskriminierungsverbot u.a. hinweg.

### Humanitäre Lage

Als Besatzungsmacht wäre Israel für die Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung zuständig. Die Wirklichkeit sieht genau umgekehrt aus, wie einige wenige Indikatoren exemplarisch zeigen (siehe auch: Der Gazastreifen. Eine humanitäre Implosion: [www.gazamussleben.at/en/downloads](http://www.gazamussleben.at/en/downloads))

### Nahrung

2003 war die Hälfte der Bevölkerung des Gazastreifens von ausländischer Nahrungsmittelhilfe abhängig. Nach Aussagen des Uno-Sonderberichterstatters für das Recht auf Nahrung, Jean Ziegler, sind durch die israelische Politik im Gazastreifen heute 85% der PalästinenserInnen völlig abhängig von internationaler Hilfe und über 61% der Bevölkerung chronisch unterernährt. Rund 15% der Kinder leiden als Folge der mangelhaften Ernährung an Blutarmut.

### Wasser

Über Jahrzehnte hat Israel den Ausbau der Wasserversorgung und Kanalisation im Gazastreifen für die palästinensischen BewohnerInnen vernachlässigt. Seit Übergabe der Verantwortung an die palästinensische Behörde 1994 wird der dringliche Ausbau von Entsalzungs- und Kläranlagen, Wasserleitungen und Kanalisation durch die Blockierung von Treibstoffen und Baumaterial und gezielte Zerstörungen verhindert. Seit 2007 liegt der durchschnittliche Wasserverbrauch eines palästinensischen Haushaltes bei 60 Litern pro Tag (vgl. Mindestbedarf laut WHO: 100 Liter pro Tag). Ein Drittel der Bevölkerung hat heute keinen Zugang zu Trinkwasser und dessen Qualität ist problematisch. Ariel Sharon äusserte einmal, statt Zwangsumsiedlungen bevorzugte er eine aktive Politik, um „Bedingungen zu schaffen, die Menschen positiv zum gehen bewegen“.

### Gesundheitswesen

Die medizinische Versorgung der PalästinenserInnen im Gazastreifen ist völlig ungenügend. Ein Grossteil der noch bestehenden Krankenhäuser arbeitet angesichts der Zahl der Verletzten aus israelischen Angriffen weit über den Kapazitäten. Die Blockade führt zur mangelhaften Versorgung der PatientInnen, das Ausreiseverbot hindert schwerkranke PatientInnen, sich in Israel oder im Ausland behandeln zu lassen; viele Betroffene sterben infolge unzureichender medizinischer Betreuung. Die Versorgung der Opfer der jüngsten Militäroffensive ist nur mit Unterstützung internationaler Hilfsorganisationen zu bewältigen. Die BewohnerInnen des Gazastreifens leben in einer gefängnisartigen Situation und können sich vor Angriffen nirgends in Sicherheit bringen, was vor allem Kinder, aber auch die Erwachsenen schwer belastet.

### Bildungswesen

Innerhalb des Bildungswesens mangelt es aufgrund der wiederholten Zerstörungen vorrangig an Räumlichkeiten. Die Klassen sind überfüllt. In der jüngsten Offensive wurden viele Schul- und Ausbildungsgebäude zerstört oder beschädigt. Der Schulbetrieb findet nun mit durchschnittlich 120 Kindern pro Klasse statt. 2008 wurde über 400 DozentInnen und Studierenden die Ausreise verweigert, selbst wenn sie ein Visum des Gastlands und einen Lehrauftrag oder ein Stipendium vorweisen konnten. In zahlreichen Studiengängen und Fächern fehlen Forschungsmittel; vor allem Naturwissenschaften sind davon betroffen.

### Hamas und Widerstand

Die Darstellung der Hamas in unseren Medien entspricht kaum den Tatsachen und bezweckt oft die Dämonisierung einer Organisation, die sich der israelischen Besatzung und Vertreibungspolitik widersetzt. Die Rolle der Hamas im Kampf für die nationale Selbstbestimmung der PalästinenserInnen ist widersprüchlich. Vor der ersten Intifada 1987 beschäftigte sich die Muslimbrüderschaft (Vorläuferin der Hamas) hauptsächlich mit der Islamisierung der Gesellschaft, ohne sich am nationalen Widerstand zu beteiligen. Sie unterstützte sogar die jordanische Monarchie, die während des schwarzen Septembers in den Siebzigerjahren durch Zusammenarbeit mit Israel zur Schwächung der palästinensischen Vertretung (PLO) beitrug. Damit wurde sie von der israelischen Besatzungsmacht als Alternative zur PLO gesehen und genoss grössere Freiheiten. Das änderte sich 1987 mit der ersten Intifada und der Gründung der Hamas. Diese beteiligte sich am Aufstand der Bevölkerung gegen das militärische Besatzungsregime. Durch ihre Opposition gegen das Oslo-Abkommen (zusammen mit linken palästinensischen Organisationen), ihr Festhalten an der Kritik des zionistischen Charakters Israels und am Rückkehrrecht sowie ihre Kritik an der Güntlingswirtschaft der Fatah-Führung (zuerst unter Arafat, dann unter Abbas) gewann die Hamas an politischer Glaubwürdigkeit. Die faktische Ausserkraftsetzung der Osloer Verträge durch Israel und die verstärkte Kolonialisierung und Bantustanisierung der besetzten Gebiete gab den GegnerInnen des Oslo-Abkommens recht. Als bedeutendste Alternative zur Fatah-Führung gewann die Hamas 2006 die Parlamentswahlen mit einer deutlichen Stimmenmehrheit im Gazastreifen und in der Westbank.

Israel und seine westlichen Verbündeten versuchen, die Hamas als demokratisch legitimierte Vertretung der PalästinenserInnen zu kriminalisieren und ihre Opposition gegen die israelische Politik militärisch zu zerschlagen, wie sie dies früher bei der PLO getan haben. Wir teilen die konservative religiöse Weltanschauung der Hamas nicht und lehnen auch Angriffe auf Zivilpersonen ab, die von verschiedenen Widerstandsorganisationen gerechtfertigt werden. Dennoch treten wir dafür ein, dass die Hamas wie alle anderen palästinensischen Widerstandsorganisationen von den Terrorlisten der USA und Europas gestrichen und ohne Vorbedingung als Verhandlungspartner anerkannt werden.

Buchtipp: Helga Baumgarten, Hamas, München 2006



Foto: M. Greub

„Indem wir die Verbindung zwischen der zionistischen Ideologie und Politik der Vergangenheit und den gegenwärtigen Gräueltaten herstellen, können wir eine klare, logische Erklärung für die Kampagne für Boykott, Desinvestition und Sanktionen liefern. Es ist ein gerechtes und moralisches Anliegen, mit gewaltfreien Mitteln einen selbstgerechten ideologischen Staat in Frage zu stellen, der sich, bestärkt durch das weltweite Schweigen, erlaubt, die einheimische Bevölkerung Palästinas zu berauben und zu zerstören. Zudem ist es ein wirkungsvoller Weg, die öffentliche Meinung nicht nur gegen die laufende völkermörderische Politik im Gazastreifen wachzurütteln, sondern auch zukünftige Gräueltaten zu verhindern.“ Ilan Pappé, Israels selbstgerechte Wut und ihre Opfer in Gaza, Januar 2009

### Boykotte und Sanktionen

Der israelische Angriff auf den Gazastreifen im Januar 2009 hat weltweit Empörung ausgelöst, Hunderttausende Menschen sind aus Protest auf die Strasse gegangen. Neben der sofortigen Einstellung der Angriffe und der bedingungslosen Aufhebung der Blockade stand die Forderung nach einem Boykott Israels im Zentrum. Im Januar verweigerten Hafnarbeiter in Südafrika und Griechenland die Löschung israelischer Schiffe, in Skandinavien brach der Import von israelischen Produkten ein, und jeden Tag schlossen sich neue Organisationen dem palästinensischen Aufruf zu Boykott, Desinvestition und Sanktionen (BDS) an. Die BDS-Kampagne knüpft an die Erfahrungen der Antipartheibewegung an und will Israel international ächten und isolieren, solange die israelische Regierung, israelische Institutionen und die israelische Gesellschaft in ihrer Mehrheit die Politik der systematischen Verdrängung und Zerstörung der palästinensischen Gesellschaft fortsetzen und die individuelle wie kollektive Existenz der PalästinenserInnen bedrohen.

Nach Jahrzehnten der erfolglosen Versuche, Israel auf diplomatischem Weg und durch Verhandlungen zur Einhaltung seiner Verpflichtungen gegenüber dem palästinensischen Volk zu bewegen, ist es Zeit, zu handeln und Druck auf Israel und die westlichen Regierungen auszuüben. Der Boykott kennt viele Formen, vom Verzicht auf den Kauf israelischer Waren über die Verweigerung von Kooperationsprojekten in Wissenschaft und Forschung bis zur Verhinderung von Sportanlässen oder kulturellen Aktivitäten, in denen Israel vertreten ist. Auch westliche Unternehmen, die von der israelischen Apartheid profitieren, müssen zur Verantwortung gezogen und unsere Regierungen unter Druck gesetzt werden, aus Kooperationsabkommen jeder Art mit Israel auszusteigen. Machen Sie mit – der Erfolg der Kampagne liegt auch in Ihren Händen! Informationen, Beispiele, Materialien, Hintergrundartikel zur BDS-Kampagne: [www.bds-info.ch](http://www.bds-info.ch) (dt.) bzw. [www.bdsmovement.net](http://www.bdsmovement.net) (international)



Foto: J.B., Demonstration gegen die Abriegelung des Gazastreifens, Januar 2008



Gaza? Gaza! Foto: M. Greiff

### Der Gazastreifen: ein politischer Skandal

Die Lebensverhältnisse im Gazastreifen sind für Aussenstehende kaum vorstellbar. 1,5 Millionen Menschen, davon zwei Drittel Flüchtlinge, leben auf engstem Raum in einem schmalen Küstenstreifen, rundum eingeschlossen und von der israelischen Armee kontrolliert. Die Uno muss fast die gesamte Bevölkerung mit Nahrung versorgen. Gesundheits-, Wasser- und Energieversorgung funktionieren notdürftig. Die Wirtschaft ist weitgehend zusammengebrochen. Lebensnotwendige Güter müssen durch selbst gegrabene Tunnels „geschmuggelt“ werden. Die israelische Armee fliegt seit Jahren Angriffe gegen das Gebiet, zerstört Wohnhäuser, Kulturland, Infrastrukturen und zivile Einrichtungen, verhaftet und tötet willkürlich Personen.

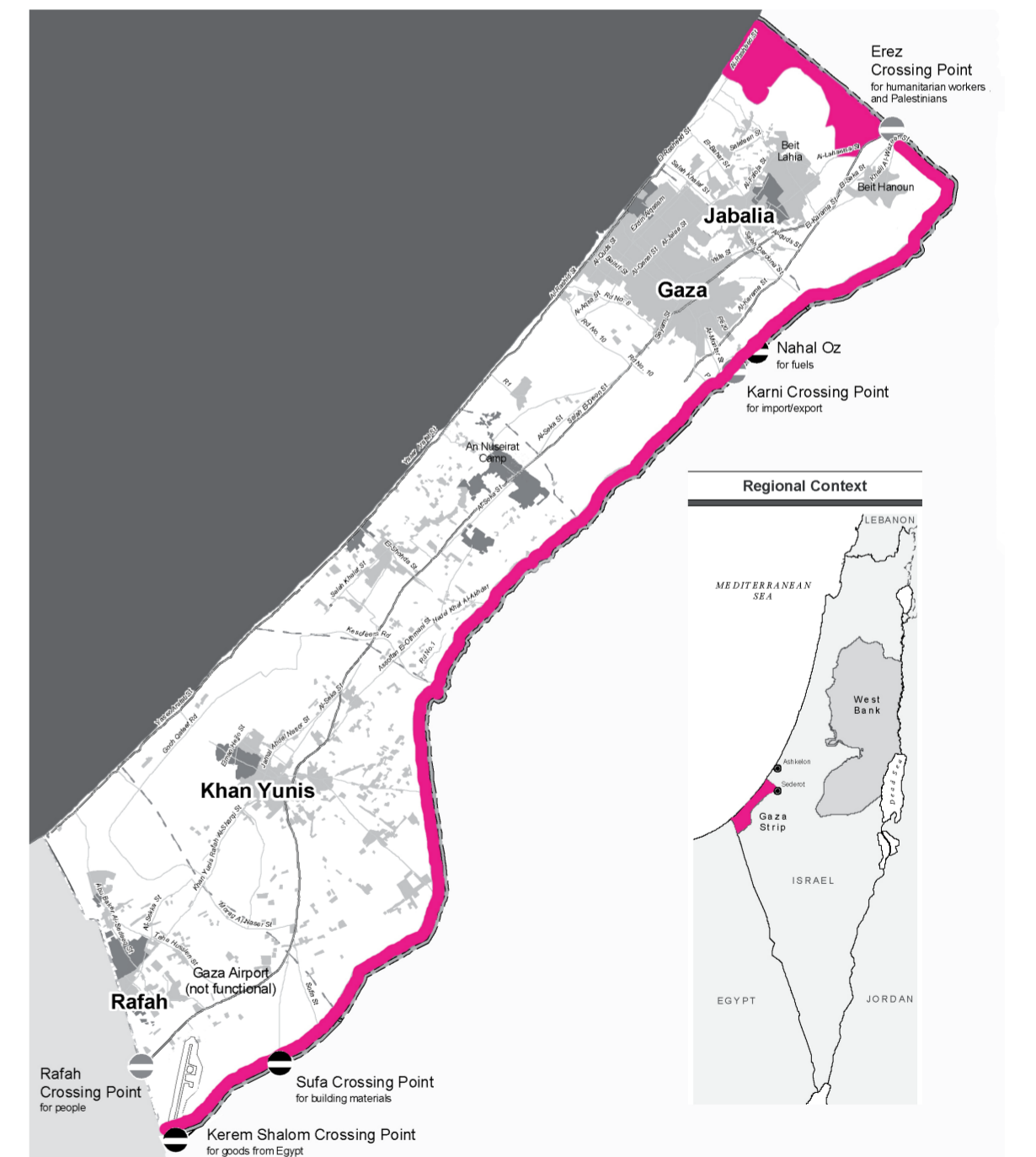
Dass der Gazastreifen einmal ein blühendes Handelszentrum war, dass in Gaza Menschen mit normalen Bedürfnissen und Rechten und dem Wunsch nach einem selbstbestimmten Dasein in Sicherheit leben, wird kaum wahrgenommen. Dass die existenzielle Bedrohung, in der die Bevölkerung lebt, nicht gottgewollt, sondern Ergebnis eines politischen Prozesses ist, für den in erster Linie Israel verantwortlich zeichnet, gerät zunehmend in Vergessenheit.

Die militärische Bedrohung wie auch die prekäre Lage im Gazastreifen sind der verdichtete Ausdruck eines seit sechs Jahrzehnten andauernden Verdrängungs- und Zerstörungsprozesses der palästinensischen Gesellschaft durch Israel. Derselbe Prozess findet schleichend, meist unspektakulär, aber nicht minder dramatisch auch an anderen Schauplätzen im Westjordanland, in Jerusalem und in Israel selbst statt. Er zeichnet sich aus durch Vertreibung der palästinensischen EinwohnerInnen, Aneignung ihres Besitzes, Besiedlung ihres Landes, Verhinderung der Rückkehr, massive Einschränkungen der Bewegungsfreiheit, militärische Repression und systematische Diskriminierung – kurzum die Verhinderung jeder selbstbestimmten palästinensischen Existenz.

Die westliche Welt und arabische Staaten leisten humanitäre Hilfe, tun aber nichts, um die politischen Rechte der PalästinenserInnen durchzusetzen oder Israel für seine systematischen Menschen- und Völkerrechtsverletzungen zur Rechenschaft zu ziehen. Im Gegenteil, die israelische Politik im Gazastreifen wird insbesondere von den Vereinigten Staaten, der Europäischen Union und Ägypten aktiv mitgetragen.

Das vorliegende Falblatt will in knapper Form wesentliche Aspekte dieser menschlichen und menschengemachten Katastrophe in Erinnerung rufen und politische Schlussfolgerungen daraus ziehen.

So alarmierend die Lage im Gazastreifen ist, so wenig genügt es, die Bevölkerung mit Notdürftigstem zu versorgen. Auch die politischen Rechte der PalästinenserInnen müssen respektiert werden. Was unmittelbar ansteht, ist die bedingungslose Aufhebung der Blockade, die dauerhafte Offenhaltung der Grenzen, die Wiederherstellung der vollen Bewegungsfreiheit und ein Ende der israelischen Militäroffensiven. Politisch ist dies ohne die Anerkennung der Hamas als demokratisch legitimiertem Verhandlungspartner nicht denkbar. Eine langfristige Lösung erfordert darüber hinaus, der systematischen Zerstörung und Diskriminierung der palästinensischen Gesellschaft durch Israel Einhalt zu gebieten. Dafür ist das entschiedener Engagement der Zivilgesellschaft nötig.



**Fakten zum Gazastreifen**  
 Fläche: 360 km<sup>2</sup> (40 km lang, 6–14 km breit, davon 4 km Dünenstreifen; Grenze im Süden zu Ägypten, der Rest israelisch kontrolliert)  
 EinwohnerInnen: rund 1,5 Millionen, davon 2/3 Flüchtlinge  
 Zum Vergleich: Kanton Genf, 282 km<sup>2</sup>, 400.000 Ew., Stadt Wien 395 km<sup>2</sup>, 1,7 Mio. Ew. Bevölkerungsdichte: 4000 Ew./km<sup>2</sup>, im Flüchtlingslager Shati 80.000 Ew./km<sup>2</sup>  
 14 % landwirtsch. Fläche, Rest Dünen und Sand  
 Die Hälfte der Bevölkerung sind Kinder und Jugendliche unter 18.  
 Rund 80 % der Bevölkerung leben unter der Armutsgrenze (laut FAO).  
 Städte: Gaza-Stadt (ca. 400.000 Ew.), Khan Yunis, Rafah, Deir al Balah, Bait Lahiya, Jabalia; acht Flüchtlingslager  
 ■ Pufferzone

### Widerstand konkret

#### Israels Straflosigkeit beenden

Verschiedene Menschenrechtsgruppen und betroffene PalästinenserInnen versuchen, israelische Verantwortliche für Kriegsverbrechen und Verstöße gegen das Völkerrecht anzuklagen und vor ein internationales oder nationales Gericht zu stellen. Eine Petition an den Internationalen Gerichtshof für Menschenrechte und die UN-Generalversammlung fordert, die israelischen Rechtsverstöße zu untersuchen. In Grossbritannien, Spanien, der Türkei und Belgien soll zudem die nationale Rechtslage genutzt werden, um israelische Führungspersonen wegen Kriegsverbrechen zu belangen. In der Türkei hat die Generalstaatsanwaltschaft eine Klage wegen Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit entgegengenommen. Auf der Anklagebank: [www.wanted.org.il](http://www.wanted.org.il)

#### Blockade durchbrechen

Seit Beginn der Blockade versuchen Solidaritätsgruppen, die Isolation der Bevölkerung im Gazastreifen zu durchbrechen. Im August 2008 gelang es der Aktion „Free Gaza“, mit zwei Booten und 42 AktivistInnen, ÄrztInnen

und Prominenten von Zypern nach Gaza zu gelangen. Im Februar 2009 wurde ein Schiff mit libanesischen Hilfsgütern zur Umkehr gezwungen. Dutzende von Lastwagen mit privat gesammelten Hilfsgütern aus Belgien, Frankreich und Deutschland warten an der ägyptischen Grenze auf Durchlass. Mit solchen Aktionen versucht die Solidaritätsbewegung, neben humanitärer Hilfe politischen Druck auf Israel und Ägypten auszuüben, damit diese die Blockade aufheben. [www.freegaza.de](http://www.freegaza.de)

#### Zusammenarbeit Schweiz–Israel

Das Tessiner Solidaritätskomitee Bompp hat eine nationale Petition lanciert, die verlangt, dass die offizielle Schweiz erstens die Untersuchung und Verurteilung israelischer Kriegsverbrechen und Verstöße gegen das Völkerrecht und insbesondere die Genfer Konventionen unterstützt; und zweitens die militärische Zusammenarbeit mit Israel beendet und von Israel eine Entschädigung der von Schweizer Steuergeldern bezahlten, zerstörten Infrastruktur verlangt. Die Petition wurde im April 2009 eingereicht.

#### Impressum

Sonderheft des Palästina-Infos, Auflage 30.000 Stück  
 Herausgegeben von der Palästina-Solidarität Region Basel, Postfach 4070, 4002 Basel, in Zusammenarbeit mit dem Solidaritätskomitee für Palästina, Graz

**Die Gaza-Sondernummer wird durch Ihre Spende möglich! Spenden auf PC 40-756856-2**

Palästina-Solidarität, Postfach 4070, 4002 Basel  
 IBAN: CH31 0900 0000 4075 6856 2  
 BIC: POFICHBEXXX  
 PostFinance, Nordring 8, 3030 Bern

[www.palaestina-info.ch](http://www.palaestina-info.ch)